



Fraktion im Gemeinderat Bad Rappenau

Haushaltsrede

26. März 2026

Für die CDU Fraktion

Timo Reinhardt

-Fraktionsvorsitzender -

Sehr geehrter Herr OB Frei, sehr geehrtes Gremium, werte Verwaltung, liebe Bürger,

Benjamin Franklin sagte einst: „Sparsamkeit ist die Grundlage aller Tugend.“ Der diesjährige Haushalt ist demnach eine große Tugend – doch er stellt uns vor enorme Herausforderungen.

Auf der einen Seite stehen Einnahmen, die einen Hauch von Optimismus verbreiten. Auf der anderen Seite wachsen die Ausgaben unaufhaltsam: Pflichtaufgaben und die damit verbundenen Kosten nehmen weiterhin zu – hier sei nur die Ganztagesbetreuung genannt. Zwar sind wir mittlerweile gut aufgestellt, doch die Unterhaltung von Räumen und dem Betreuungsangebot schlägt spürbar zu Buche. Personalkosten steigen kontinuierlich – Umgruppierungen, Neueinstellungen und Tarifierhöhungen tragen maßgeblich zu den insgesamt 22.8 Millionen Euro bei, die mehr als ein Viertel des Haushalts ausmachen.

Als wäre das nicht genug, ächzen wir – wie viele andere Gemeinden – unter den Folgen weltwirtschaftlicher Ereignisse. Was vor Jahren noch wie ein fernes Szenario wirkte, trifft uns heute unmittelbar: Der Iran-Konflikt, steigende Kraftstoffpreise, die Verknappung und Verteuerung elementarer Düngemittel und damit einhergehende höhere Lebensmittelkosten. Energieintensive Produktionszweige leiden unter den Auswirkungen – verschärft durch macht- und geltungssüchtige Staatslenker in Schlüsselregionen. Wer hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass sich die Preisspirale so rasant nach oben dreht? Und das sind nur die wirtschaftlichen Folgen – ganz zu schweigen von den menschlichen Schicksalen und möglichen neuen Flüchtlingsströmen, die durch globale Krisenherde auf Europa zukommen könnten.

Aber zunächst müssen wir uns um unsere Angelegenheiten kümmern – auf die Weltpolitik haben wir leider nur wenig Einfluss.

Nachfolgend möchte ich auf unser Haushaltsanträge eingehen und diese näher erläutern.

Förderung Photovoltaikanlagen

Unser Antrag zielt darauf ab, das bestehende Förderprogramm für Photovoltaik bereits jetzt zu beenden.

Warum? Nicht, weil wir Photovoltaik nicht begrüßen oder gar grundlegend ablehnen – hier stimmen wir den Überlegungen der Bundesregierung nicht zu, die Förderung bzw. Einspeisevergütung prinzipiell in Frage zu stellen. Doch das selbst auferlegte städtische Förderprogramm mit einem jährlichen Volumen von 25.000 Euro bietet nur einen geringen

finanziellen Anreiz, um freiwillig in die private Stromerzeugung einzusteigen. Bei Neubauten oder umfassenden Dachsanierungen ist die Installation von Photovoltaik ohnehin oft Pflicht – und unterliegt damit nicht den Förderrichtlinien zur Prämiengewährung.

Hinzu kommt: Der eigentliche monetäre Anreiz der Förderung hat durch die stark gesunkenen Anlagenpreise an Bedeutung verloren. Die Deckelung auf 1.000 Euro für Aufdachanlagen und 150 Euro für Balkonkraftwerke reicht nicht aus, um eine grundsätzliche Investitionsbereitschaft zu wecken – sie wird vielmehr als „netter Bonus“ wahrgenommen, der gerne mitgenommen wird.

Die Stadt hat dieses Förderprogramm vor Jahren freiwillig eingeführt. Angesichts der aktuellen Haushaltslage und des geringen tatsächlichen Mehrwerts halten wir das Konzept jedoch für überholt. Es ist legitim – ja sogar notwendig –, an dieser Stelle Einsparungen vorzunehmen. Letztlich wird sich jeder Bürger, der über eine Photovoltaik-Anschaffung nachdenkt, auch ohne Förderung für eine Investition entscheiden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Kleinspielfeld Heinsheim

Die Heinsheimer Sportanlagen sind bereits heute gut aufgestellt, um Kindern und Jugendlichen ausreichend Platz zum Toben und Bewegen zu bieten. Neben großzügigen Grünflächen, einem Trainingsplatz, nahen Spielplätzen und einem bereits bestehenden Bolzplatz ist das Angebot vielfältig.

Verständlich ist der Wunsch nach einem schlechtwettertauglichen, asphaltierten Bolzplatz – doch angesichts des begrenzten finanziellen Spielraums sehen wir uns leider gezwungen, dieses Projekt vorerst zurückzustellen. In dieser Situation könnten eine Patenschaft oder ein Sponsoring durch lokale Unternehmen oder Vereine eine interessante Alternative sein. Dass dies in der aktuellen wirtschaftlichen Lage schwieriger denn je ist, ist uns bewusst. Dennoch müssen wir die geplanten 50.000 Euro im diesjährigen Haushalt einsparen.

Fairerweise sei erwähnt: Auch andere Ortsteile wünschen sich ähnliche Anlagen. Würden wir dem Ansinnen zustimmen, bestünde die Gefahr, unerfüllbare Erwartungen zu wecken – und das bei knappen Ressourcen, die wir verantwortungsvoll verteilen müssen.

Umwidmung Parkplatz zu TinyHouse

Der Vorschlag, Pilotprojekte für (mobile) Tiny Houses umzusetzen, wird von verschiedenen Fraktionen regelmäßig diskutiert – insbesondere im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Baugebiete. Daher schlagen wir vor, in diesem Jahr ein solches Pilotprojekt auf einer bereits vorhandenen Fläche zu starten.

Mit geringem Aufwand – etwa durch den Anschluss an Zuleitungen für Abwasser, Strom und Internet – ließe sich auf der Parkfläche in der Weidenstraße ein Vorzeigeprojekt realisieren. Wir könnten etwas wagen, Vorgaben wie Grenzabstände auf ein Minimum reduzieren – wir wollen weg von Bürokratie und zusätzlichen Vorgaben, hier haben wir die Chance. Die Fläche mit einer Gesamtgröße von 285 m² wird nach Rückmeldungen von Anwohnern und eigenen Beobachtungen überwiegend als Abstellplatz für PKW-Anhänger genutzt – eine Nutzung, die weder im Sinne der Stadt noch der eigentlichen Zweckbestimmung als Parkplatz sein kann.

Ein Verkauf oder eine Umnutzung dieser Fläche für Tiny Houses könnte nicht nur ein innovatives Wohnkonzept ermöglichen, sondern auch einen Erlös im sechsstelligen Bereich erzielen. Damit würden wir zwei Ziele verbinden: praktische Lösungen für bezahlbaren Wohnraum schaffen und gleichzeitig städtische Ressourcen effizienter nutzen.

Zu den Vorschlägen der anderen Fraktionen möchte ich folgendes Bemerkungen.

FFW Schließung von Bürgerbüros

Zweifelsohne lässt sich die Wirtschaftlichkeit der Bürgerbüros hinterfragen – doch ihre Schließung wäre ein schwerer Fehler, dem wir entschieden widersprechen.

Die lokalen Anlaufstellen sind unverzichtbar: Sie bieten Bürgern einen direkten, kurzen Weg zu Verwaltungsdienstleistungen und persönliche Beratung vor Ort. Eine Schließung würde nicht nur die Arbeitsbelastung im Rathaus erhöhen – und damit zusätzlichen Personal- und Raumbedarf schaffen –, sondern auch Leerstände in den Stadtteilen hinterlassen. Die Immobilien, oft in Bürgerhäusern oder zentral gelegenen Gebäuden, sind aufgrund ihrer Lage und Bauweise kaum alternativ nutzbar. Dennoch fallen weiterhin Kosten für Instandhaltung, Heizung und Betrieb an.

Doch es geht um mehr als nur Zahlen: Die Schließung der Bürgerbüros sendet ein fatales Signal an die Ortsteile. Eine weitere Zentralisierung der Verwaltung vertieft die Kluft zwischen Bürgern und „denen da oben“. Besonders unverständlich ist, dass ausgerechnet Mitglieder der Freien Wähler aus den betroffenen Stadtteilen diese Entwicklung vorantreiben – obwohl sie noch im vergangenen Jahr in einer großen Anzeige den Abschied einer Mitarbeiterin mit den Worten bedauerten, ihr „Weggang sei ein großer Verlust für die Bürgernähe im Ort“.

Wir lehnen diesen Vorschlag momentan daher klar ab und gehen auch davon aus, dass dieser zurückgezogen wird. Bürgernähe darf nicht dem Sparzwang geopfert werden.

Standort Feuerwehr Bad Rappenau

Die Diskussion um die Feuerwehren – insbesondere die Situation im Kernort und das dortige Gerätehaus – sollte eigentlich längst abgeschlossen sein. Im vergangenen Jahr kam dieses Thema immer wieder auf, weshalb ich nur kurz darauf eingehen möchte: Die CDU-Fraktion steht weiterhin geschlossen und ohne Wenn und Aber hinter der Entscheidung, die neue Heimat der Feuerwehr auf dem vorgesehenen Areal in der Riemenstraße umzusetzen.

In persönlichen Gesprächen mit Feuerwehrvertretern habe ich mich davon überzeugt, dass auch sie diese Entscheidung unterstützen – nicht nur, weil sie die schnellste, sondern auch die sinnvollste Lösung darstellt. Dieser Wunsch wurde sowohl in der Abteilungsversammlung als auch in der Hauptversammlung deutlich geäußert. Wir stimmen dem zu, respektieren ihn und setzen uns mit aller Kraft für eine schnellstmögliche Umsetzung ein.

Kindergartengebühren

Mir graut es jetzt schon vor den Diskussionen über Kostenanpassungen in den Kitas, die uns im Frühsommer unvermeidlich beschäftigen werden. Die Richtung, in die sich die Kosten entwickeln, ist leider nur allzu bekannt.

Ich appelliere bereits heute an die Eltern, mit uns ins Gespräch zu kommen. Wir wollen transparent aufzeigen, wie sich die Kosten tatsächlich zusammensetzen – und wie gering der Elternanteil im Vergleich zu den Gesamtkosten ist. In absoluten Zahlen wird deutlich: Ein Kita-Platz kostet die Stadt im Schnitt ca. 7.600 Euro pro Jahr (wie Frau Schulz bei der Haushaltseinbringung dargestellt hat). Dabei sind schon ca. 40% der Kosten abgezogen, die durch Bund und andere Einnahmen abgedeckt sind. Der größte Brocken bleibt bei uns, der Stadt, der Allgemeinheit. Dieser Tagesordnungspunkt wird die Sitzung sein, in der die Zuschauertribüne gefüllt sein wird.

Wie es mit dem Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion weitergeht – ein kostenfreies, vom Land getragenes, verpflichtendes letztes Kita-Jahr einzuführen – wird sich nach den Sondierungsgesprächen zeigen. Der Plan zielte nicht nur darauf ab, Eltern zu entlasten, sondern vor allem darauf, Bildungschancen für alle Kinder zu verbessern. Ein solches Jahr hätte sicherstellt, dass Kinder sprachlich und fachlich optimal auf die Grundschule vorbereitet werden – und nicht erst in der ersten Klasse mit Defiziten kämpfen. Die 200 Millionen Euro, die das Land hierfür tragen würde, wären eine Investition, die sich langfristig rechnet: Weniger Förderunterricht, bessere Startchancen – und hoffentlich auch eine Entlastung für den kommunalen Haushalt.

Danke

Mit einem Zitat möchte ich schließen:

„Haushaltsverhandlungen sind kein Kampf um Geld, sondern um die Zukunft.“

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf und den Anträgen der Fraktionen die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft Bad Rappenau richtig stellen.

Vielen Dank an dieser Stelle an die Verwaltung für die produktive Zusammenarbeit, an Frau Schulz und ihr gesamtes Team für die Zusammenstellung, Präsentation und Erläuterung der vorliegenden Planung.

Die CDU Fraktion stimmt damit dem vorliegenden Haushaltsentwurf der Stadt Bad Rappenau und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Jahr 2026 zu und respektiert selbstverständlich die demokratischen Entscheidungen der zur Abstimmung stehenden Anträge.